

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 11. November 2003

Rote Karte für die Ausbildungsabgabe

Stiftung Marktwirtschaft gegen planwirtschaftliche Eingriffe

Wenn die SPD-Fraktion heute die Ausbildungsabgabe beschließt, setzt sie damit ein völlig falsches Signal. Denn ebensowenig, wie sich Arbeitsplätze per Gesetz herbeizwingen lassen, funktioniert dies bei Ausbildungsplätzen.

„Wenn Unternehmen nicht ausbilden, dann deshalb, weil es sich nicht für sie lohnt. Also muß man die Rahmenbedingungen ändern“, fordert Dr. habil. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Durch planwirtschaftlich anmutende Instrumente aber werden wir keine Lösung für die Ausbildungsplatzmisere finden.“

In der Marktwirtschaft bilden Unternehmen dann aus, wenn es für sie von Vorteil ist. Das ist vor allem dann der Fall, wenn die Arbeitsleistung eines Auszubildenden die Kosten seiner Ausbildung übersteigt. Wesentliche Kostenfaktoren sind dabei zum einen die Ausbildungsvergütung und die Sozialversicherungsbeiträge sowie zum anderen die Zeit, die ausgebildete Mitarbeiter für die Anleitung der Lehrlinge aufwenden. Hinzu kommt, daß immer mehr Jugendliche keine adäquate schulische Vorbildung für zunehmend anspruchsvollere Ausbildungsberufe mitbringen und daß gleichzeitig die oft veralteten Vorschriften in den Ausbildungsordnungen nicht mehr mit der Unternehmenswirklichkeit übereinstimmen“, urteilt Lüder Gerken. „Daß nun die Unternehmen weniger Lehrstellen anbieten, als es Ausbildungswillige gibt, ist Beleg für ein Mißverhältnis zwischen Kosten und Nutzen. Hier wäre anzusetzen, wenn das Problem gelöst werden soll.“

„Eine Ausbildungsabgabe bewirkt statt dessen genau das Gegenteil“, kritisiert Gerken: Wenn der Staat durch eine Zwangsumlage marktwidrig hohe Ausbildungsvergütungen absichert, so verhindert er die eigentlich notwendigen Reformen der Ausbildungsrahmenbedingungen. Anstatt die Ausbildungskosten zu senken, werden sie sogar noch erhöht. Bisher nicht ausbildende Unternehmen stehen vor der Wahl: Entweder sie bilden Jugendliche aus, die keinen betriebswirtschaftlichen Vorteil bringen, oder sie zahlen die Zwangsabgabe. In beiden Fällen steigen ihre Kosten, die sie durch Rationalisierungen einsparen müssen. So werden auch die Arbeitsplätze vernichtet, die die Auszubildenden nach Abschluß ihrer Ausbildung dringend brauchen.

Er verstehe, daß die SPD-Fraktion aktiv werden und zudem ihrem Gewerkschaftsflügel Zugeständnisse machen wolle, so Gerken. „Doch anstelle einer symbolischen Handlung, die nur Schaden anrichtet, sollte die Regierung gemeinsam mit den Tarifparteien lieber Maßnahmen ergreifen, die wirklich für mehr Ausbildungsplätze sorgen.“ Tatsächlich sinnvoll wäre beispielsweise, die Rahmenbedingungen so zu ändern, daß die Unternehmen mit bisher nicht vermittelten Jugendlichen pragmatisch eine deutlich niedrigere Ausbildungsvergütung vereinbaren könnten. „Damit hätten noch in diesem Jahr auch diejenigen eine Chance auf eine Lehrstelle, die bisher keinen Platz gefunden haben“, hofft Lüder Gerken. „Statt gegen den Markt zu kämpfen, sollte man lieber Marktmechanismen nutzen, um eine Lösung zu finden.“

(77 Zeilen à 40 Anschläge)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
Email: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de